

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 1. Februar 1963

Nummer 5

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Entwicklungstendenzen auf dem europäischen Energiemarkt

Der Energieverbrauch der westlichen Welt konzentriert sich vor allem auf zwei große Wirtschaftsräume, die allerdings selbst zu einem entscheidenden Teil an der Erzeugung der hier verbrauchten Energie beteiligt sind. In der Struktur des Angebots der einzelnen Energiearten bestehen zwischen diesen beiden Räumen jedoch größere Unterschiede. Den größten Markt bilden die Vereinigten Staaten von Amerika, der zweite Markt umfaßt Westeuropa. In Nordamerika (USA, Kanada und Mexiko) wurden 1961 rund 400 Mill. t Steinkohle (bituminöse Kohle) und 390 Mill. t Rohöl gefördert, auf dem westeuropäischen Markt unter Einschluß Großbritanniens 450 Mill. t Steinkohle, aber nur 32 Mill. t Rohöl, sofern man die Förderung in Algerien diesem Gebiet zuordnet. Auf der Angebotsseite treten außerdem noch zwei größere Räume der westlichen Welt hinzu, nämlich Venezuela mit einer Rohölförderung (1961) von 153 Mill. t und der Mittlere Osten mit einer Förderung von 260 Mill. t Rohöl. Faßt man die gesamte Förderung von Steinkohle in der westlichen Welt zusammen (1045 Mill. t), so erbringen die Vereinigten Staaten, Kanada und Westeuropa mehr als 80 vH der Förderung, während das Rohölangebot der westlichen Welt mit mehr als 90 vH in den Vereinigten Staaten, Venezuela und im Mittleren Osten aufkommt. Aus diesen wenigen Zahlen ist zu entnehmen, daß die Wettbewerbslage der einzelnen Energieträger von der Entwicklung dieser vier Anbieter und der beiden großen Absatzmärkte entscheidend bestimmt wird. Zur Beurteilung seien im einzelnen folgende wichtige Faktoren genannt.

Bei der Rohölförderung auf dem amerikanischen Kontinent und im Mittleren Osten bestehen sehr große Kostenunterschiede. Während die amerikanische Rohölförderung zur Zeit zu Durchschnittskosten von 19 \$/t erfolgt, liegen die Förderkosten im Mittleren Osten zwischen 1,40 bis 2,10 \$/t. Die Kosten der Rohölförderung in Venezuela übersteigen die des Mittleren Orients erheblich, liegen aber unter denen der Vereinigten Staaten. Andererseits wird in den Vereinigten Staaten die Steinkohle zu Kosten von 5 \$/t fob Grube gefördert gegenüber etwa 15 \$/t in den europäischen Steinkohlenrevieren. Vergleicht

man die genannten Kosten von Steinkohle und Erdöl in den Vereinigten Staaten, so erhält man — wenn der Heizwert unberücksichtigt bleibt — eine Relation von 1 zu 4, während diese Relation in Westeuropa (einschließlich Sahara) sich gegenwärtig etwa wie 1 zu 1,1 verhält.

Trotz der niedrigen Gewinnungskosten und der relativ günstigen Preisrelation zum Rohöl ist die amerikanische Steinkohle einem erheblichen Wettbewerbsdruck in den Vereinigten Staaten ausgesetzt. Sie könnte aber auf dem europäischen Markt wegen ihrer niedrigen Kosten die einheimische Kohle bei freiem Wettbewerb in erheblichem Umfang verdrängen, da sie cif ARA (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) mit 13 bis 14 \$/t angeboten werden kann. Da andererseits das Rohöl aus dem Mittleren Osten mit 17 bis 18 \$/t nach Westeuropa importiert werden kann — also 1 bis 2 \$/t billiger, als amerikanisches Rohöl gefördert wird —, entsteht auch durch diesen Energieträger über die Verarbeitung zu Heizölen ein starker Wettbewerbsdruck auf die einheimische Kohle.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Energiepolitik ist die Frage, ob sich in Zukunft die Mengen- und Preisrelationen namhaft verschieben werden oder ob mit der seit einigen Jahren herrschenden Konstellation auch in Zukunft gerechnet werden kann. Zur Beantwortung dieser Frage sind eine Reihe von Einzelheiten zu prüfen:

Die Produktionskosten der amerikanischen Steinkohle haben sich — wenn man von geringfügigen Schwankungen absieht — seit mehr als zehn Jahren konstant halten lassen, obwohl in der Zwischenzeit erhebliche Lohnsteigerungen im amerikanischen Steinkohlenbergbau erfolgt sind. Da der Anteil der Arbeitskosten in den Vereinigten Staaten im Tiefbau 55 vH beträgt — gegenüber etwa 65 vH bei der deutschen Steinkohle —, haben Lohnerhöhungen auch hier einen starken Einfluß auf die Gesamtkosten.

In den Jahren 1952/1953 wurde mit dem zunehmenden Einsatz moderner Gewinnungsmaschinen, insbesondere der Continuous Miner, eine Entwicklung eingeleitet, die zu einer ständigen Verbesserung der Arbeitsproduktivität im amerikanischen Steinkohlenbergbau führt. Die

Leistung dieser Geräte ist seit 1952 ständig gesteigert worden und liegt heute im Durchschnitt bei 570 t je Schicht, bei Spitzenleistungen beträgt sie 800 t je Schicht. Der Anteil der auf diese Weise geförderten Steinkohle beträgt zur Zeit knapp 30 vH (Tiefbau). Andererseits sind auch bei den anderen Gewinnungsarten (Schrämen, Schießen) wesentliche Produktivitätsfortschritte erzielt worden. Insgesamt hat daher der jährliche Produktivitätszuwachs in der amerikanischen Steinkohle von 1950 bis 1960 durchschnittlich 6,3 vH betragen. Auch im Tagebau sind zunehmend verbesserte Aggregate zum Einsatz gekommen, die ein mächtigeres Deckgebirge bei gleicher Flözmächtigkeit abzubauen gestattet haben, ohne daß Kostensteigerungen eingetreten sind. Der Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten ist im Tagebau wesentlich niedriger als im Tiefbau, so daß die Gewinnungskosten durch Lohnsteigerungen hier viel weniger beeinflußt werden. Außerdem ist die schwache Kapazitätsauslastung des amerikanischen Steinkohlenbergbaus zu berücksichtigen, die zur Zeit nur etwa 60 vH beträgt. Eine erhöhte Kapazitätsausnutzung würde Kosteneinsparungen von 50 cents je t erbringen, wobei zugleich eine für Exportzwecke verfügbare Mehrförderung auftreten würde. Veranschlagt man die heutige Kapazität des amerikanischen Steinkohlenbergbaus auf 620 Mill. t, so besteht zur Zeit eine Angebotsreserve von jährlich mehr als 200 Mill. t, die ohne den Einsatz zusätzlicher Produktionsfaktoren kurzfristig zu wahrscheinlich sinkenden Kosten erbracht werden könnte.

Die Klärung der Frage, ob eine bessere Kapazitätsauslastung im amerikanischen Steinkohlenbergbau erreichbar ist, war eine der Ursachen für einen Bericht über die energiewirtschaftliche Lage in den USA, der von einer Studiengruppe für die amerikanische Regierung angefertigt wurde. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß auf Grund der vorliegenden Wettbewerbsverhältnisse und der limitierten Nachfrage nach Energie auf dem amerikanischen Markt eine verstärkte Kapazitätsauslastung zur Zeit kaum möglich ist. Eine genauere Betrachtung der für den amerikanischen Steinkohlenexport in Frage kommenden Steinkohlenreviere von Virginia, Westvirginia und Kentucky zeigt, daß 1961 in diesen Gebieten bei 191 Tagen Förderung insgesamt 187 Mill. t Steinkohle erbracht worden sind. Die zusätzliche Förderkapazität bei 270 Tagen würde etwa 80 Mill. t betragen, die zu Durchschnittskosten von 5 \$/t gefördert werden können, wenn man die Kostendegression infolge der verstärkten Kapazitätsauslastung unberücksichtigt läßt. Ebenfalls ist es sicher, daß die Rationalisierungsbestrebungen im amerikanischen Steinkohlenbergbau andauern werden. Es ist damit zu rechnen, daß der Anteil des Tagebaus, dessen Betriebskosten unter denen des Tiefbaus liegen, und der Anteil der Continuous Mining-Betriebe weiter steigen werden und daß auch Fortschritte in den Betrieben erzielt werden, die sich noch des konventionellen Abbauverfahrens bedienen.

Insgesamt gesehen, muß für die nächste Zukunft mit gleichbleibenden Grubenbetriebskosten gerechnet werden. Andererseits wird die

Transporttechnik bei der Steinkohle ständig fortentwickelt. In der jüngsten Zeit werden ernsthaft Projekte für den Transport der Steinkohle durch Pipelines von den Revieren in Pennsylvania, East-Kentucky, Virginia und West-Virginia an die Ostküste in Erwägung gezogen. Damit sind auch die Eisenbahngesellschaften zu stärkeren Rationalisierungsmaßnahmen veranlaßt worden. Nach amerikanischen Angaben, die sich besonders auf die Erfahrungswerte zweier bereits in Betrieb befindlicher Kohlen-Pipelines stützen, soll es möglich sein, die Transportkosten von den genannten Revieren zu der Ostküste durch Pipeline-Transport um 1 bis 2 \$/t zu senken. Eine derartige Entwicklung würde die Eisenbahngesellschaften vor die Alternative stellen, entweder auf den Transport zu verzichten oder aber die Frachttarife zu senken. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Tarife für die Kohle, die über Hampton-Roads exportiert wird, bis zu 90 cents je t gesenkt werden, zumal die in Frage kommenden Eisenbahngesellschaften sich neuerdings zu Frachtermäßigungen von 85 cents/t bereitgefunden haben. Sehr viele Gründe sprechen somit dafür, daß die amerikanische Steinkohle in naher Zukunft an der Ostküste der Vereinigten Staaten billiger angeboten wird als bisher. Mit einer Senkung der bisherigen Preise um 1 bis 2 \$/t sollte jedenfalls gerechnet werden.

Schließlich muß auch bei den Seefrachten von Hampton Roads nach Westeuropa berücksichtigt werden, daß der Übergang zu größeren Schiffeinheiten langfristig kostensenkend wirken wird.

Veranschlagt man die durch eine höhere Kapazitätsauslastung mögliche Kostensenkung bei den Grubenbetrieben und die zukünftig denkbare Verminderung der Eisenbahnfrachten und der Seefrachten auf insgesamt etwa 2—3 \$/t, würde der künftige Preis für amerikanische Steinkohle frei ARA-Häfen 12 \$/t betragen. Bei der dann bestehenden Kostenrelation zwischen europäischer und amerikanischer Steinkohle wären weitere namhafte Mengen amerikanischer Steinkohle auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig.

Andere Tendenzen zeigen sich bei der amerikanischen Rohölförderung, die zur Zeit ebenfalls ohne volle Kapazitätsauslastung arbeitet. Die gegenwärtige Förderung stammt zu 36 vH aus den Revieren in Texas, die auf Grund bergrechtlicher Bestimmungen (Grundeigentümer-Bergbau) relativ aufwendig erfolgt. Da ein erheblicher Teil der amerikanischen Förderung bei einem offenen Energiemarkt gegenüber dem Öl aus Mittelost nicht mehr wettbewerbsfähig wäre, machen die Mineralölgesellschaften erhebliche Anstrengungen, die Förderkosten zu senken. Weil aber der Zutritt zum amerikanischen Erdölmarkt begrenzt ist — die amerikanische Regierung sah sich aus wehrwirtschaftlichen Gründen veranlaßt, die Abhängigkeit vom Mittelost-Öl in Grenzen zu halten, um im Falle einer Unterbrechung der Zufuhren eine entsprechende zusätzliche Förderung aus inländischen Erdölquellen verfügbar zu haben —, ist der Absatz des Mittelost-Öls vorwiegend auf den westeuropäischen Raum beschränkt. Andererseits gestattet diese Politik im

Falle einer Unterbrechung der Rohölfuhren aus dem Mittleren Osten nach Westeuropa eine Versorgung dieses Raumes aus amerikanischen Fördergebieten, wengleich die Kosten des Rohölbezuges in Westeuropa dadurch steigen würden.

Die ölfördernden Länder des Mittleren Ostens besitzen fast ausnahmslos nur wenig entwickelte Volkswirtschaften. Ein großer Teil der Staatseinnahmen hängt deshalb von den Einnahmen ab, die sich aus dem Verkauf des Rohöls ergeben (royalties). Der Wunsch nach einer Erhöhung dieser Einnahmen läuft entweder auf eine Erhöhung der „royalties“ je Tonne oder auf eine verstärkte Ölförderung hinaus. Eine Erhöhung der „royalties“ je Tonne Rohöl würde für den Verbraucher eine Kostensteigerung bedeuten und letztlich damit die Wettbewerbsfähigkeit des Rohöls aus diesen Ländern vermindern. Eine Erhöhung der Förderung, die im allgemeinen in den letzten Jahren stärker zunahm als der westeuropäische Energieverbrauch, ist allerdings nur möglich, wenn das Mineralöl mit seinen verschiedenen Destillaten in Märkte vordringt, die bislang von anderen Energieträgern beliefert wurden. Dies setzt aber voraus, daß die Rohölpreise nicht steigen, es sei denn, daß sich die Preise und Kosten für die anderen im Wettbewerb befindlichen Energieträger in Westeuropa ebenfalls erhöhen. Diese Überlegung muß natürlich auch von der OPEC (Organisation of Oil Producing and Exporting Countries), der Organisation dieser Länder, berücksichtigt werden.

Kennzeichnend für die unterschiedliche Entwicklung der Energiewirtschaft in den Vereinigten Staaten und Westeuropa ist die Tatsache, daß die amerikanischen Raffinerien einen Benzanteil im Raffinerieausstoß von mehr als 40 vH besitzen, während beispielsweise die deutschen Raffinerien lediglich einen Anteil von 18 vH erzeugen. Da andererseits der Mittlere Orient über sehr hohe aufgeschlossene Erdölreserven verfügt (26 Mrd. t), überdies erhebliche weitere Reserven auf Grund der geologischen Verhältnisse als sehr wahrscheinlich angesehen werden müssen, ist in naher Zukunft eine Knappheit an Mineralöl unter normalen, d. h. friedlichen Verhältnissen nicht zu erwarten.

Die Preisgestaltung des Mittelost-Öls wird aber ebenso wie durch den amerikanischen Markt auch noch durch das russische Mineralölangebot beeinflusst. Die russische Erdölförderung hat sich immer mehr von dem Raum um Baku in das Gebiet von Kujbyschew verlagert, wo sich erhebliche Erdölreserven befinden, die zu relativ niedrigen Kosten gewonnen werden können. Ganz unabhängig von den Kosten beeinflusst aber die Höhe des Wechselkurses Rubel zu Dollar den Angebotspreis des sowjetischen Rohöls. Bis 1960 bestand ein Wechselkurs zwischen Rubel und Dollar von 4 zu 1. Am 1. 1. 1961 erfolgte eine Neubewertung des russischen Rubels gegenüber dem Dollar, 1 \$ gleich 0,9 Rubel. Zugleich wurde der Rubel binnenwirtschaftlich aber mit der Relation 10 alte Rubel = 1 neuer Rubel umgewertet. Im Jahre 1960 betragen die Förderkosten rund

46 Rubel je Tonne Rohöl, so daß vor dem 1. 1. 1961 die Tonne Rohöl für rd. 11,50 \$ (ohne Transportkosten) exportiert werden konnte, nach der Währungsreform aber für 5 \$/t. Schließlich ist die Sowjetunion daran interessiert, durch Mineralexporte in die westlichen Länder Devisen in harten Währungen zu erhalten, wobei das Mineralöl nicht zuletzt auch wegen der steigenden Förderung in der Sowjetunion sich als ein sehr wirtschaftliches Handelsobjekt erweist, zumal die UdSSR sonst nur wenige weltmarktfähige Erzeugnisse herstellt. In diesem Punkte kollidieren allerdings die Interessen der Sowjetunion teilweise mit denen der Mittelostländer und natürlich ebenso mit einer Reihe von Mineralölgesellschaften, in deren Händen sich die Förderung dieser Gebiete befindet. Ein gewisser Druck des sowjetischen Mineralexportes auf den Rohölpreis muß aber so lange anhalten, wie die Sowjetunion bestrebt ist, größere Mengen Rohöl in die westlichen Länder zu exportieren.

Wenn die amerikanische Energiepolitik in Zukunft die bisherige Konzeption beibehält, kann nicht erwartet werden, daß sich die Wettbewerbssituation auf dem europäischen Energiemarkt entspannt. Die europäische Steinkohle sieht sich demnach vor allem der Konkurrenz der amerikanischen Steinkohle und des Mittelost-Öls ausgesetzt. Bereits heute bestehen Kostenvorteile für die amerikanische Steinkohle bis zu 5 \$/t, sofern man die Preise für amerikanische Steinkohle cif ARA mit den Grubenbetriebskosten der verschiedenen mitteleuropäischen Steinkohlenreviere vergleicht. Andererseits sind aber auch die Kostenvorteile des Heizöls — selbst unter der Annahme, daß die zur Zeit gewährten Nachlässe auf die „posted prices“, die zu Lasten der Mineralölgesellschaften gehen, fortfallen und damit die Rohölpreise im Mittleren Osten wieder auf den Stand von 1957 ansteigen — groß genug, um den verschiedenen Heizölsorten weiterhin Eintritt in den europäischen Energiemarkt zu verschaffen.

Beurteilt man die gegenwärtige ökonomische Konstellation auf dem deutschen Energiemarkt, so zeigt sich ein starkes Ungleichgewicht. Ein offener Energiemarkt würde ohne Frage zu höheren Importen von amerikanischer Steinkohle führen, die eine entsprechende Verdrängung deutscher Steinkohle zur Folge hätten<sup>1)</sup>. Daneben steht die offene Einfuhr von westlichem Mineralöl und Mineralölprodukten, wodurch sich fortgesetzte Substitutionseffekte gegenüber der Steinkohle ergeben, deren Wirkungen jedoch geringer angesehen werden müssen als die Folgen eines offenen Wettbewerbs zwischen deutscher und amerikanischer Steinkohle. Ein vollständig offener Energiemarkt würde jedenfalls die deutsche Steinkohle einem sehr heftigen Druck aussetzen, allerdings mit der Folge, daß das Energiepreisniveau zurückgehen würde.

<sup>1)</sup> In welcher Weise ein Beitritt Großbritanniens zu den europäischen Institutionen die Wettbewerbssituation des deutschen Steinkohlebergbaus beeinflusst, läßt sich im Augenblick nur schwer beurteilen.

## Zur konjunkturellen Situation in West-Berlin

Nachdem der industrielle Produktionsindex vom Dezember veröffentlicht worden ist — die Wachstumsrate betrug + 3,6 vH —, besteht nun auch Klarheit über den industriellen Produktionsfortschritt im ganzen Jahr 1962: Er belief sich auf 1,8 vH und war somit erheblich geringer als im Vorjahr (+ 9,2 vH) und auch nennenswert kleiner als im Bundesgebiet (+ 4 vH).

In der Interpretation der Wachstumsabschwächung in Berlin besteht allgemein Übereinstimmung darüber, daß der Grenzgängerausfall infolge der Absperrung der Stadt gegenüber dem „Osten“ von großer Bedeutung war. Zeigten sich doch, nachdem ein volles Jahr seit dem 13. August 1961 verstrichen war, für die industrielle Produktion wieder erhöhte Wachstumsraten von 3 bis 4 vH. Weniger Übereinstimmung besteht allerdings darüber, inwieweit die Arbeitskräfteknappheit für die Wachstumsverlangsamung verantwortlich zu machen ist; denn im Jahr 1962 war nach der Statistik der Auftragsingänge in der Industrie eine (mit — 10 vH) beträchtliche Abnahme der Neubestellungen zu verzeichnen. Bei der Wachstumsverlangsamung in West-Berlin (im Bundesgebiet hielt sich der Auftragseingang 1962 auf der Höhe des Vorjahres) könnte daher nicht nur die Knappheit an Arbeitskräften, sondern in hohem Maße auch eine Knappheit an Aufträgen mitgespielt haben — und noch mitspielen.

So stellt sich die Frage, ob im gesamten vergangenen Jahr die Ursachen der Wachstumsverlangsamung in der Industrie und damit auch in der Gesamtwirtschaft stärker auf der Angebotsseite oder auf der Nachfrageseite zu suchen sind. Das Urteil ist für die gegenwärtigen und künftigen Akzente in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entscheidend. Es ist bekannt, daß an dieser Stelle der Auffassung, daß vor allem die Arbeitskräfteknappheit bestimmend gewesen ist, der Vorzug gegeben wird, da die Mehrzahl der verfügbaren Indikatoren für sie spricht.

Da ist einmal die Tatsache, daß — im Gegensatz zur gleichzeitigen Entwicklung in der westdeutschen Industrie<sup>1)</sup> — namentlich im Produktionsmittelbereich keine allgemeine Parallelität in den Zuwachsraten von Auftragseingängen und Produktion erkennbar ist. Im Gegenteil zeigt sich bei fast allen großen Industriezweigen des Produktionsmittelbereichs, daß ein überdurchschnittlicher Rückgang der Auftragseingänge mit überdurchschnittlichem Produktionswachstum einhergeht. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man die gesamte Nachfragesituation in

diesen Industrien in Betrachtung zieht, d. h. die Entwicklung der Auftragsbestände einschließt. Im Produktionsmittelbereich insgesamt und in seinen wichtigsten Zweigen lag das Verhältnis der Auftragsbestände zum jeweiligen Umsatz im Durchschnitt der Monate September bis November 1962, also selbst nach einer Periode des allmählichen Abbaus der Auftragsbestände, noch immer beachtlich über dem Durchschnitt der letzten drei Jahre (1959 bis 1961), einem Zeitraum, in dem die Auftragsbestände schon außergewöhnlich hoch gewesen sind. In den davorliegenden Jahren verfügte die Industrie bei starkem Produktionswachstum über relativ geringere Auftragspolster.

Diese Konstellation läßt aber vermuten, daß gerade die hohen Auftragsbestände für die schleppende Entwicklung der Auftragseingänge mitverantwortlich gewesen sind. Sei es, daß deswegen keine neuen Aufträge angenommen wurden oder sei es — was viel wahrscheinlicher ist —, daß die Westberliner Produktionsmittelindustrie infolge ihrer derzeitigen langen Lieferfristen nicht mit westdeutschen Firmen — oder mit den westdeutschen Betriebsstätten derselben Unternehmen — konkurrieren konnte.

Die Auftragsbestände sollten also zur Reduzierung der Lieferfristen auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Dies kann sinnvoll nur in einem „nach vorn“ gewendeten Verhalten geschehen. Der Abbau der Lieferfristen darf sich mit anderen Worten nicht durch eine Niveausenkung der Auftragsbestände bei rückläufigen Auftragsingängen — wie zur Zeit — vollziehen. Vielmehr muß erreicht werden, daß

- a) sowohl die Neubestellungen als auch die Produktion gesteigert werden und
- b) die Produktion vorübergehend schneller zunimmt als die Auftragseingänge.

Eine anhaltende Belebung der laufenden Nachfrage ist zwar weitgehend von der westdeutschen Konjunkturlage abhängig, doch wären wenigstens im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, die 1962 zu wünschen übrig ließ, Kompensationsmöglichkeiten gegeben.

Einziger Ausweg ist also die rasche Forcierung der Produktion mit zusätzlichen Arbeitskräften. Dafür sind die Bedingungen zur Zeit weit günstiger als im letzten Jahr: Der harte Winter wie gewisse konjunkturelle Schwächeerscheinungen in der Bundesrepublik haben die Lage auf dem Westberliner Arbeitsmarkt spürbar entspannt. Hinzu kommt, daß außerordentlich starke Lohn erhöhungen des letzten Jahres in der Industrie und öffentliche Förderungsmaßnahmen die Anziehungskraft der Berliner Unternehmen auf auswärtige Arbeitskräfte wesentlich gestärkt haben.

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 4/1963.

Gegenstand	Einheit †)	1961							1962								
		Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Anzahl der Werktage:		24	25	26	27	26	26	25	23	25	25	26	27	25	27	25	
<b>Industrie<sup>1)</sup></b>																	
Auftragseingang (kalendermon.)	1952 = 100	S	322	292	278	277	289	314	334	276	310	246	271	240	280	324	310
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	325	304	288	286	288	270	339	262	261	231	267	218	264	256	288
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	319	275	264	266	291	381	327	299	386	271	260	275	304	427	344
Umsatz	Mill. DM	"	861,7	877,2	834,7	919,9	973,1	949,4	929,0	870,2	894,1	840,6	857,0	934,6	1013,2	1035,0	1001,1
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	423,5	470,9	422,4	413,5	468,5	411,3	437,3	400,5	417,4	420,7	415,5	411,0	495,7	430,8	459,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	438,2	406,3	412,3	506,4	504,6	538,1	491,7	469,7	476,7	419,9	441,5	523,5	517,5	604,2	541,3
Beschäftigung	1000	"	321,7	322,7	322,5	305,8	305,9	305,6	305,2	305,2	305,0	304,3	304,0	304,3	303,3	301,9	300,1
Lohn je Arbeiterstunde	DM	"	3,01	2,78	3,07	3,06	2,81	2,74	2,92	3,29	3,34	3,62	3,65	3,62	3,33	3,11	3,48
Produktion <sup>2)</sup>	1936 = 100	"	172	160	152	154	171	171	178	177	169	165	151	155	182	177	185
dar. Energie	"	"	355	342	328	341	361	391	433	383	382	358	341	353	386	429	464
Verarbeitende Industrie <sup>3)</sup>	"	"	174	160	151	153	173	172	177	150	170	167	151	156	185	177	184
dav. Produktionsmittelind.	"	"	153	148	134	127	147	141	153	156	147	151	131	131	161	148	156
dar. Steine und Erden	"	"	317	254	292	277	255	255	242	295	254	248	247	280	265	242	281
Eisen, Stahl, Gießereien	"	"	232	236	256	219	239	220	237	272	259	279	213	241	242	226	284
NE-Metalle	"	"	109	99	68	46	47	47	49	49	51	47	40	39	46	43	49
Stahl- und Eisenbau	"	"	143	155	141	160	155	150	166	135	136	143	140	126	141	206	170
Maschinenbau	"	"	121	117	114	89	129	124	128	127	121	132	119	103	120	123	127
Fahrzeugbau	"	"	100	96	90	88	105	95	90	107	102	108	91	93	102	104	97
Elektrotechnik	"	"	198	194	170	172	190	189	209	214	209	200	174	180	203	193	213
Feinmechanik u. Optik	"	"	90	85	79	79	90	62	71	92	79	88	67	72	94	83	79
Eisen-, Blech-, Metallw.	"	"	83	77	73	68	90	72	77	84	78	77	66	63	73	73	73
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	215	186	184	205	226	233	223	226	216	199	192	205	233	232	239
dar. Chemie	"	"	282	277	265	247	280	278	274	298	295	309	276	252	319	303	311
Holzverarbeitung	"	"	102	97	94	88	106	98	99	98	94	99	85	86	95	88	99
Papier	"	"	183	160	153	143	158	176	184	175	166	169	159	154	177	188	185
Druck	"	"	64	51	52	51	60	62	59	69	60	60	51	52	65	66	62
Leder und Textil	"	"	204	190	138	139	192	201	211	201	187	189	145	138	216	213	213
Bekleidung	"	"	231	139	196	292	305	306	251	237	214	128	175	276	263	275	239
Nahrungs- u. Genussm.	"	"	385	372	334	359	385	408	413	421	411	407	383	367	418	414	474
<b>Baugewerbe<sup>4)</sup></b>																	
Beschäftigte	Anzahl	E	45259	45531	46755	45094	43620	42194	41198	39720	40576	40949	41672	42069	42137	41971	41401
Tagewerke, insgesamt	1000	S	853	848	836	823	818	788	754	680	756	752	744	759	747	776	750
dar. Wohnungsbau	"	"	391	380	376	373	370	357	340	306	336	341	337	344	338	316	337
Index der Bauproduktion <sup>5) 10)</sup>	1936 = 100	"	71	70	66	63	65	63	62	59	62	62	59	58	62	60	62
Umsatz in DM-West	1000 DM	"	67010	67630	74181	73517	72171	72327	69174	48848	63280	65538	71189	76635	71274	80075	81995
<b>Warenverkehr</b>																	
Bezüge aus Westdeutschland <sup>6)</sup>	Mill. DM	S	650,4	658,8	624,4	640,2	643,8	721,9	673,9	608,4	697,9	639,5	647,2	624,1	681,1	721,8	743,9
Lieferungen nach	"	"	615,1	679,4	616,2	639,5	688,1	702,8	674,5	602,9	674,4	631,8	667,9	656,0	692,5	765,4	731,9
Wert der Ursprungsbescheinig. <sup>7)</sup>	"	"	621,4	646,2	595,2	658,6	709,1	710,7	713,9	644,3	671,9	615,0	646,0	648,9	671,9	806,0	739,3
Export	"	"	119,8	134,1	127,6	105,2	117,6	111,1	105,1	115,3	112,4	104,6	116,9	105,0	112,8	120,1	115,1
Gütereingang, insgesamt	1000 t	"	690,3	666,3	659,6	668,3	657,2	699,9	685,0	675,2	767,6	656,9	683,8	658,1	702,3	702,5	736,4
Eisenbahn	"	"	184,3	176,3	189,5	189,0	199,7	223,4	192,4	175,7	182,3	162,4	165,1	158,8	176,9	209,0	246,7
Straße	"	"	238,8	248,3	240,0	256,3	245,9	266,1	239,1	213,8	249,9	229,3	244,9	243,3	244,1	280,2	269,0
Binnenschifffahrt	"	"	267,2	241,7	230,1	223,0	211,6	210,4	253,5	285,7	335,4	265,2	273,8	256,0	281,3	233,3	220,7
Güterausgang, insgesamt	"	"	154,8	172,3	158,5	162,8	165,9	170,2	164,1	142,7	170,8	158,2	164,9	155,2	158,0	177,3	169,4
Eisenbahn	"	"	20,6	23,4	21,3	22,1	24,2	25,0	26,3	22,8	27,4	25,6	24,4	23,8	23,6	26,5	27,4
Straße	"	"	100,0	108,2	96,5	98,5	102,6	108,9	103,3	88,7	103,9	94,5	96,1	97,2	99,6	114,0	107,0
Binnenschifffahrt	"	"	33,5	40,1	40,0	41,3	38,0	35,3	34,6	30,4	38,6	37,4	43,7	33,5	34,1	36,0	34,2
Luftfracht	"	"	0,7	0,7	0,7	0,9	1,1	1,0	0,9	0,8	0,9	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
<b>Arbeitsmarkt<sup>13)</sup></b>																	
Erwerbstätige, insgesamt <sup>8)</sup>	1000	E	1062	1065	1066	1017	1016	1015	1013	1020	1023	1025	1025	1025	1024	1022	1020
Selbst. u. mithelf. Fam.-Angeh.	"	"	126	126	126	126	126	126	125	125	125	125	125	125	124	124	124
Arbeitnehmer <sup>9)</sup>	"	"	936	939	940	891	890	889	888	895	898	900	900	899	898	896	896
Arbeitslose, insgesamt <sup>9)</sup>	"	"	19	16	14	13	13	14	15	13	11	10	9	8	9	11	11
in vH d. Arbeitnehmer	vH	"	2	2	1	1	1	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1
<b>Sozialeinkommen</b>																	
dar. Renten <sup>10)</sup>	Mill. DM	S	110,0	109,5	110,9	111,9	111,8	110,7	111,8	118,7	117,4	118,3	119,4	120,2	118,9	121,2	121,0
Alu und Alfu	"	"	4,1	3,3	3,1	2,9	3,0	2,8	3,0	3,9	3,1	2,5	2,2	2,2	1,7	2,0	2,0
<b>Lebenshaltungskosten<sup>13)</sup></b>																	
dar. Ernährung	1958 = 100	D	105,8	106,2	107,1	106,1	106,0	106,2	106,7	109,7	110,0	110,9	111,6	109,4	109,3	109,0	109,6
Hausrat	"	"	106,7	107,5	109,5	106,4	105,8	105,5	106,7	112,5	112,9	115,0	115,6	109,7	108,9	108,7	109,9
Bekleidung	"	"	102,4	102,6	103,1	103,7	104,4	104,8	104,9	105,5	106,0	106,3	106,7	106,8	107,4	107,8	107,9
	"	"	105,0	105,0	105,2	105,5	105,6	106,2	106,2	107,9	108,2	108,5	108,5	108,6	109,9	109,9	110,0
<b>Finanzen</b>																	
Einnahmen aus Steuern <sup>11)</sup>	Mill. DM	S	308,8	324,8	269,0	328,3	335,6	282,5	359,9	291,7	356,2	361,1	291,2	331,1	321,7	306,3	311,5
dar. Umsatzsteuer	"	"	44,6	46,2	47,2	48,2	44,1	47,4	50,1	50,0	51,0	47,8	49,9	46,7	41,4	48,7	49,6
Lohnsteuer	"	"	25,7	28,7	32,5	35,0	36,5	39,6	36,8	33,2	31,4	33,4	41,0	26,0	14,1	15,0	16,1
Einkommensteuer	"	"	10,6	60,4	12,8	8,7	60,1	7,5	8,7	10,2	11,9	66,5	11,2	8,7	65,0	7,4	6,7
Körperschaftsteuer	"	"	4,2	36,8	3,1	5,1	44,0	3,6	2,4	12,8	-1,0	48,8	4,3	4,5	33,7	8,0	14,6
<b>Handelsumsätze</b>																	